



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



15. Januar 2016

Inhalt

- 1. Gedenken an die Opfer des Attentats in Istanbul**
- 2. Konsequenzen aus Köln: Handlungsfähiger, starker Staat**
- 3. Solidarische Finanzierung von Gesundheitsleistungen**
- 4. Das Deutsche Lebensmittelbuch muss reformiert werden**
- 5. Konto für Jedermann**



Gedenken an die Opfer des Attentats in Istanbul

Der Bundestag hat zu Beginn seiner Plenarsitzungen der Opfer des Selbstmordanschlags von Istanbul gedacht. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert sprach den Angehörigen aller Opfer unsere Anteilnahme aus und erinnerte an die vielen zum Teil schwer Verletzten, von denen einige um ihr Leben kämpfen. Gleichzeitig sicherte er den Menschen und den Behörden in der Türkei unsere Unterstützung bei der Aufklärung der Hintergründe dieses feigen und brutalen Anschlags zu.

„Das lebendige, weltoffene und bei Touristen aus aller Welt beliebte Istanbul zum Angriffsziel zu wählen, folgt der Absicht, Angst in die Metropolen und Städte zu tragen“, betonte der Bundestagspräsident. „Den aufgezwungenen Kampf muss man entschlossen aufnehmen“.

Wir dürfen nicht aus Angst aufhören, unsere freiheitlichen Grundwerte auch zu leben. Als Demokraten müssen wir zusammenstehen und dem Terror die Stirn bieten.

Konsequenzen aus Köln: Handlungsfähiger, starker Staat

Egal, ob es um die widerwärtigen Angriffe gegen Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten oder die ausländerfeindlichen Attacken in Leipzig und andernorts geht, der Rechtsstaat muss mit aller Konsequenz klar stellen: In unserem Land gibt es keine rechtsfreien Räume! Das gilt übrigens ebenso für die selbsternannten „Bürgerwehren“, die sich auch in Hessen formieren.

Alle, die hier leben, egal wo sie herkommen oder welche Nationalität sie haben, müssen sich an Recht und Gesetz halten, andernfalls müssen sie mit Konsequenzen rechnen. Justizminister Heiko Maas hat sich in der Debatte am Mittwoch im Bundestag sehr treffend geäußert und wurde dabei nicht nur von Manuela Schwesig und anderen Genossinnen und Genossen unterstützt, er erhielt auch Applaus von Teilen der Union und von grüner Seite:

„Erstens: Niemand darf sich in Deutschland über Recht und Gesetz stellen, und zwar völlig unabhängig davon, welchen Pass er hat oder ob er überhaupt einen Pass hat.

Zweitens: Für sexuelle Übergriffe auf Frauen gibt es keine Rechtfertigung und auch keine Entschuldigung. Auch ein möglicher kultureller Hintergrund entschuldigt nichts; ganz im Gegenteil: Er ist noch nicht einmal als Erklärung akzeptabel.

Drittens: Kriminelle müssen für ihre Taten konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Bei kriminellen Ausländern ist auch die Ausweisung eine solche Konsequenz.“

Hier finden Sie die gesamte Plenar-Debatte vom 13. 01. 2016, inklusive der Rede des Justizministers:

<http://www.bundestag.de/mediathek/?isLinkCallPlenar=1&action=search&contentArea=details&ids=6415463&instance=m187&categorie=Plenarsitzung&mask=search>

Wo immer es möglich ist, müssen Täter aus dem Ausland schnell abgeschoben werden und gegebenenfalls ihre Strafe in ihren Heimatländern verbüßen. Wichtig ist aber auch, dass wir neben den 3000 zusätzlichen Bundespolizisten, die die SPD durchgesetzt hat, noch mehr Personal, übrigens auch mit Migrationshintergrund, bei den Vollzugsbehörden brauchen! Dies gilt sowohl für die Bundespolizei als auch für die Landespolizei. Und wir dürfen die Seite der Opfer nicht außer Acht lassen. Das Strafrecht muss wo nötig so geändert werden, sodass eine Anzeige wegen sexueller Belästigung oder Nötigung auch Aussicht auf Erfolg hat und die Täter konsequent verfolgt werden; übrigens egal, aus welchem Land sie kommen oder welcher Religion sie angehören. Diese Konsequenz sind wir nicht nur den Opfern der Silvesternacht schuldig, sondern es würde auch dem Schutz zukünftiger Opfer dienen. Darüber hinaus schützen wir damit auch unbescholtene Flüchtlinge, die es nicht verdient haben, mit Kriminellen in einen Topf geworfen zu werden.

Solidarische Finanzierung von Gesundheitsleistungen

Wir wollen, dass Gesundheit in Deutschland nicht vom Geldbeutel abhängt. Alle Menschen in Deutschland sollen den gleichen Zugang zu medizinisch notwendigen Gesundheitsleistungen haben. Das haben wir mit einem Beschluss auf der Fraktionsklausur der SPD-Bundestagsfraktion zum Ausdruck gebracht, in dem wir uns gegen eine Novellierung der Gebührenordnung der Ärzte (GOÄ) aussprechen. Die zurzeit



diskutierte Novelle der GOÄ hätte eine Steigerung der privatärztlichen Honorare zur Folge. Dadurch würde es für Ärzte noch attraktiver, Privatpatienten statt Kassenpatienten zu behandeln.

Außerdem wollen wir, dass die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wieder zu gleichen Teilen von den Versicherten und den Arbeitgebern getragen werden. Zurzeit werden die kassenindividuellen Zusatzbeiträge alleine den Versicherten aufgebürdet. Als Schwarz-Gelb seinerzeit die paritätische Finanzierung der GKV aufgegeben hat, ging es darum, die Lohnnebenkosten zu senken, um die Arbeitgeber in Zeiten der Wirtschaftskrise zu entlasten. Doch mittlerweile haben sich die Rahmenbedingungen fundamental gewandelt: Die deutsche Wirtschaft brummt und die Beschäftigtenzahlen liegen auf Rekordniveau.

Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung. Da haben wir als treibende Kraft in der Regierung vieles geleistet. Doch unsere guten Strukturreformen für eine verbesserte gesundheitliche Versorgung der Menschen führen auch zu Kostensteigerungen und damit zu steigenden Beitragsätzen.

Es ist sozial unausgewogen, wenn diese Steigerungen künftig allein zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Die Zementierung des Arbeitgeberbeitrages führt vielmehr dazu, dass sich die Schere zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil immer weiter öffnen wird. Wir müssen dieser Entwicklung einen Riegel vorschieben. Deshalb tritt die SPD für paritätische Finanzierung der Krankenversicherung ein.

Das Deutsche Lebensmittelbuch muss reformiert werden



Lebensmittelbezeichnungen werden in den Leitsätzen des Deutschen Lebensmittelbuchs (DLMB) beschrieben. Es existieren Leitsätze für gut 2.000 Bezeichnungen. In diesen wird zum Beispiel festgelegt, wie die Lebensmittel hergestellt werden sollen und welche Beschaffenheit sie haben müssen.

Die Akzeptanz dieser Leitsätze ist in den letzten Jahren stark gesunken, da die Lebensmittelbezeichnungen immer öfter den Verbrauchererwartungen nicht entsprechen. Dies zeigen die im Internetportal „www.lebensmittelklarheit.de“ eingehenden Meldungen von unzufriedenen Verbrauchern. Verständlicherweise, denn es ist gut nachzuvollziehen, dass man

sich bei einer Wurst, die laut Verpackung aus Kalbsfleisch besteht, die aber tatsächlich nur 15 % Kalbsfleisch enthält, als Verbraucher getäuscht fühlt.

In dem diese Woche vorgestellten [Antrag fordern die Koalitionsfraktionen von SPD und Union](#) die Bundesregierung nun dazu auf, zeitnah Vorschläge zur Reform des DLMB vorzulegen. Ziel soll es dabei sein, die Akzeptanz der Verbraucherinnen und Verbraucher für die Leitsätze des DLMB zu erhöhen und gleichzeitig die bisher geltenden Leitsätze für Lebensmittel zu aktualisieren und weiter zu entwickeln. Dabei sollen künftig die Erkenntnisse aus dem Internetportal „www.lebensmittelklarheit.de“ einfließen. Dafür soll unter anderem die ehrenamtliche Arbeit der Kommissionsmitglieder des DLMB aufgewertet und die Kommission finanziell und personell besser ausgestattet werden.

Konto für Jedermann

Jeder weiß: Ohne ein Konto geht im Alltag heute fast nichts mehr. Trotzdem haben in Deutschland momentan viele Menschen kein eigenes Girokonto.

Diese Woche wurde im Deutschen Bundestag in erster Lesung der [Regierungsentwurf des neuen Zahlungskontengesetzes](#) debattiert. Mit diesem Gesetz wird eine entsprechende EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt. Erst mit der nun ins Parlament eingebrachten nationalen Umsetzung der Zahlungskontenrichtlinie wird das Recht für jeden Verbraucher auf Zugang zu einem Basiskonto mit grundlegenden Funktionen verankert – auch für Wohnsitzlose und Flüchtlinge. Nach der Verabschiedung des nun in erster Lesung besprochenen Gesetzentwurfs, könnten dann alle Kreditinstitute verpflichtet werden, Kontoeröffnungen für wirklich Jede und Jeden zu ermöglichen.



Mit diesem Gesetz wollen wir allen Personen den Zugang zu einem bezahlbaren Girokonto ermöglichen. Das gilt für Flüchtlinge, genauso aber auch für alle anderen Personen, denen dies bisher nicht oder nur schwer möglich war. Ein Konto ist wichtig, um sich zu integrieren, einen Job zu bekommen oder eine Wohnung zu mieten. Trotzdem haben in Deutschland geschätzt fast eine Million Menschen kein eigenes Girokonto, darunter Wohnsitzlose, Saisonarbeiter, freie Dienstleister oder Gaststudenten.

Unser Tipp:

- **Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ 2016:** Bis zum 3. März können deutschlandweit Unternehmen, Social Entrepreneure, Projektentwickler, Kunst- und Kultureinrichtungen, Universitäten, soziale und kirchliche Einrichtungen, Initiativen, Vereine, Verbände, Genossenschaften sowie private Initiatoren unter www.ausgezeichnete-orte.de am Wettbewerb teilnehmen. Den Aufruf-Film können Sie unter folgendem Link ansehen: trailer.ausgezeichnete-orte.de. Weitere Informationen zum Wettbewerb entnehmen Sie bitte dem Wettbewerbsflyer.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia